

Klare Abfuhr für Berufsheer und Boulevard

Autor(en): **Gönsdorfer, Manfred**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische
Militärzeitschrift**

Band (Jahr): **179 (2013)**

Heft 3

PDF erstellt am: **23.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-327633>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Klare Abfuhr für Berufsheer und Boulevard

«Stell' Dir vor, es gibt eine Volksbefragung und kaum wer geht hin ...». Wäre es nach den Prognosen der Meinungsforscher gegangen, hätte die Abwandlung des Brechts'schen Zitats vom Krieg, der zu einem kommt, wenn man nicht hinget, durchaus in Österreich politische Wirklichkeit werden können. Für die Teilnahme an der ersten, bundesweit durchzuführenden Volksbefragung zum Thema «Wehrsystem» war eine geringe Teilnahme vorhergesagt.

Manfred Gänsdorfer¹

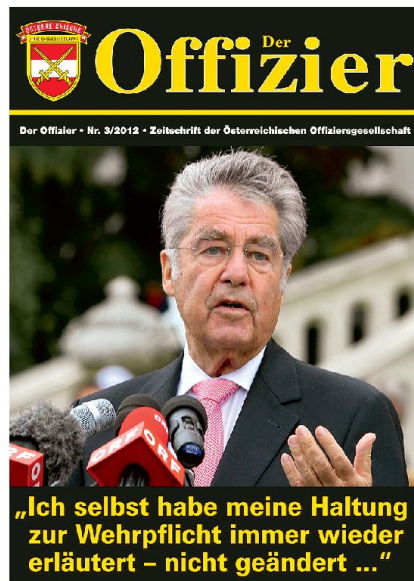
Es war keine sicherheitspolitische Notwendigkeit, die dazu führen sollte, dass plötzlich das Österreichische Wehrsystem in die Debatte kam. Schliesslich hatte das Österreichische Bundesheer seit seiner Existenz sämtliche Einsätze unter nationaler und internationaler Anerkennung tadellos erfüllt. Die in der Österreichischen Bundesverfassung festgeschriebenen Aufträge zur militärischen Landesverteidigung entsprechen auch nach dem Zusammenbruch des Warschauer Pakts der gewandelten Bedrohungslage. Ebenso sind die allgemeine Wehrpflicht und der Grundsatz des Milizsystems als Verfassungsgebot verankert und wären nur mit einer Zweidrittelmehrheit des Parlaments veränderbar.

Sowohl die Sozialdemokraten als auch die Volkspartei erklärten im Vorhinein, dass sie das Ergebnis jedoch – unabhängig vom Ausmass der Beteiligung – als Auftrag des Wählervolks anerkennen wollten. In der Regierungskoalition hatte es dazu nämlich keine Einigung gegeben.

Wort- und Verfassungsbruch des österreichischen Verteidigungsministers

In Entsprechung dieser Bundesverfassung trat Verteidigungsminister Norbert Darabos (vormals Geschäftsführer der Sozialdemokratischen Partei und einstiger Wehrdienstverweigerer) an, um für seine Partei im Koalitionsabkommen zur Bildung einer Regierung das Kapitel «Sicherheit» zu verhandeln. Der Vertrag zur gemeinsamen Regierungsbildung mit der Österreichischen Volkspartei wurde von ihm mitunterzeichnet, wobei dieser ex-

plizit eine Fortsetzung «Entwicklung des Heeres auf Basis der allgemeinen Wehrpflicht und nach dem Milizprinzip» vorsah. Ein Wehrsystem, das für Darabos «in Stein gemeisselt war», wie er sich in bildhafter Sprache ausdrückte und dies nahezu in jedem seiner öffentlichen Auftritte betonte.



Im Gleichschritt: Der Oberbefehlshaber und seine Offiziere.

Der Stein war wohl aus Butter, denn über Nacht war sein Wort vergessen. Auf Zuruf eines in Sachen Landesverteidigung unzuständigen Wiener Bürgermeisters, der im Landtagswahlkampf stand und sich mit dem drohenden Verlust der jahrzehntelang bestehenden absoluten Mehrheit seiner sozialdemokratischen Partei konfrontiert sah, erfolgte die vermutlich zweite Wende in Darabos' wehrpolitischem Leben. Unterstützt wurde dies von der

aufgabenstärksten Zeitung des Landes, der Kronen-Zeitung, die ab diesem Zeitpunkt eine Kampagne startete und nahezu täglich über die Sinnlosigkeit der Wehrpflicht polemisierte.

Einzigartiges

Mit der Kronen-Zeitung an sich besteht im internationalen Vergleich von Massenmedien ein kleines österreichisches Wunder. Das kleine «Massenblatt mit Herz», wie es von seinem Gründer Hans Dichand bezeichnet wurde, zählt mit einer japanischen Tageszeitung gleichauf zum Weltrekordhalter in Sachen relativer Reichweite.

Nach der jüngsten Media-Analyse in Österreich greifen durchschnittlich 5,3 Millionen Staatsbürger zu einer Tageszeitung. Die Krone erreicht von diesen 38,2 Prozent (sic!), gefolgt von der Gratiszeitung «heute», die sich ebenfalls grösstenteils in Besitz der Familie Dichand befindet.

Ein Spezifikum ist, dass sich insbesondere der von der SPÖ gestellte Regierungsteil befeissigte, hauptsächlich diese beiden Boulevardblätter mit Regierungsinseraten zu beglücken. Auf Grund des mittlerweile in Österreich beschlossenen Medien-Transparenzgesetzes ist nachvollziehbar, dass hier alleine im vergangenen Quartal Millionenbeträge aus Steuergeldern in die Zeitungsverlage geflossen sind.

Den Gipfel freilich bilden die persönlichen Verflechtungen zwischen den Boulevardblättern des Hauses Dichand und dem SP-Kanzler Werner Faymann. Die Ehegattin des die Krone-Kampagne gegen die Wehrpflicht führenden innenpolitischen Redakteurs fungierte als Pressesprecherin des SP-Parteivorsitzenden und

Bundeskanzlers. Die Ehegattin des Kanzlers wiederum bekleidete eine Stelle als Magazinleiterin im Einflussbereich eines der Boulevardblätter. Da brauchte es in keiner Weise der ironischen Erklärung des SP-Verteidigungsministers, er habe kein «Rotes Telefon» in die Redaktion der Krone, um nicht im letzten Winkel Österreichs die Begründung der Blattlinie gegen die Wehrpflicht zu errahnen. Eine merkwürdige Konstellation, die man sonst nur in totalitären Systemen oder in den Zerfallstaaten der früheren Sowjetunion findet.

Das Volk hat gesprochen: 60 Prozent pro Wehrpflicht

Entgegen der Ausgangsstimmung für ein Berufsheer – noch vor einem Jahr prognostizierten Meinungsforscher ein Ende der Wehrpflicht – kam es zu einem unerwartet deutlichen Ergebnis des Referendums. Ebenso entgegen dem Diktat der Parteispitze der SP, die sich ganz wider ihre demokratische Tradition zierte, das Thema bei ihrem Bundesparteitag auf die Agenda zu setzen. Es kam zu einer Entscheidung, die an Deutlichkeit keine Zweifel lässt: Knapp 60 Prozent der Bevöl-

kerung sprachen sich am 20. Jänner für einen Behalt von Wehrpflicht und Zivildienst, der als Wehrersatzdienst eingerichtet ist, aus. Die Berufsheerbefürworter blieben mit 40 Prozent in der Minderheit. Entgegen der negativen Erwartungshaltung vieler Experten nahmen 50 Prozent an der Volksbefragung teil und besiegelten eine Pleite für das «beste Modell» des Verteidigungsministers, für ihn, seine Parteispitze und deren unselige Allianz mit dem Boulevard.

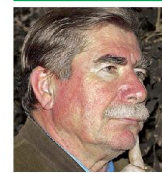
Wie geht es weiter?

Schon am 21. Jänner wurden vom Koalitionspartner ÖVP, der sich einheitlich für den Behalt der allgemeinen Wehrpflicht ausgesprochen hatte, dem Regierungspartner Reformvorschläge unterbreitet. Denn eines steht fest: Das Österreichische Bundesheer ist derzeit alles andere als verfassungskonform aufgestellt. Es präsentiert sich eher als Berufskaderrahmenheer denn nach dem Milizgrundsatz. Der zuständige Minister, der nun versucht, sich im Amt festzukrallen, obwohl er noch vor wenigen Wochen erklärt hat, nicht gegen seine Überzeugung regieren zu können,

sieht sich nun damit konfrontiert, das, was er jahrelang unterlassen hat, in wenigen Monaten bis zum Ende dieser Legislaturperiode durchführen zu müssen: das Heer nach dem Prinzip einer Wehrpflichtmiliz zu reformieren.

Dass er dies selbst mit einer dritten Wende seiner wehrpolitischen Überzeugung schaffen kann, ist zu bezweifeln. Sein Rücktritt wäre keine Überraschung, eher eine Frage der politischen Kultur. ■

1 Bgdr iR Manfred Gänsdorfer war Berufsoffizier, er ist Sozialwissenschaftler und Militärpublizist. Er war jahrzehntlang national und international Lehrer im Bereich Politik- und Kommunikationswissenschaft, insbesondere auch am George C. Marshall European Center for Security Studies in Garmisch-Partenkirchen. Seit 19 Jahren ist er Herausgeber und Chefredaktor des Periodikums «Der Offizier» der Österreichischen Offiziersgesellschaft.



Brigadier iR
Manfred Gänsdorfer
Mag. phil.
Militärpublizist
A-7202 Bad Sauerbrunn

Remain Undetected Stay Focused⁺

NiteSpotMR

Medium Range Clip-On
Night Sight

- + Remote control for gain & focus
- + Up to caliber .50
- + Three accessory rails for additional attachments
- + Outstanding resolution, brilliant optics
- + Clear, smooth design
- + Compatible with TACS-M clip-on thermal imaging

Vectronix AG | Switzerland | www.vectronix.ch

vectronix 